

Relativ früh eingeschulte Kinder wechseln seltener auf ein Gymnasium

Zum Schuljahresbeginn 2009/2010 werden bundesweit wieder rund 750.000 Kinder eingeschult werden. Im Laufe der Zeit wird sich für die sogenannten „Kann“-Kinder unter ihnen – also Kinder, die auf Grund ihres Geburtsmonats und bestehender Stichtagsregelungen auch im darauffolgenden Schuljahr eingeschult werden könnten – herausstellen, ob ihre frühe Einschulung die richtige Entscheidung gewesen ist. Aktuelle Forschungsarbeiten des ZEW in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover geben Aufschluss über die Auswirkungen einer relativ frühen Einschulung auf die weitere Entwicklung der Kinder.



Ziel der Forschungsarbeiten war es, eine empirisch gesicherte Aussage darüber zu treffen, wie sich das Alter bei der Einschulung auf die weitere Bildungskarriere der Kinder auswirkt. Dafür wurden mehrere umfangreiche Schülerdatensätze ausgewertet. Insbesondere wurden erstmals anonymisierte Daten analysiert, die Informationen über alle Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden und beruflichen Schulen im Bundesland Hessen beinhalten.

Die Untersuchungen belegen, dass Kinder, die auf Grund von Stichtagsregelungen früh eingeschult werden, am

Ende der Grundschulzeit im Durchschnitt deutlich schlechter abschneiden als ihre älteren Mitschülerinnen und Mitschüler. Bereits in einer früheren Arbeit hat das Autorenteam gezeigt, dass die Früheingeschulten in standardisierten Tests in der vierten Klasse verhältnismäßig schlecht punkten. Dafür wurde unter anderem die Leistung in der Grundschullesestudie IGLU von in Deutschland getesteten Kindern herangezogen. Die jüngeren Kinder erzielen hier etwa 30 Punkte weniger als die älteren. Betrachtet man den Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium, so zeigt sich, dass sich die Chance

für die Jüngeren, ein Gymnasium zu besuchen, um etwa 13 Prozentpunkte gegenüber den Älteren verringert. Absolut gesehen heißt das, dass sich für die jüngeren Kinder die Wahrscheinlichkeit, direkt nach der Grundschule auf das Gymnasium zu wechseln, um circa ein Drittel verringert.

Jüngere holen später auf

Detaillierte und längerfristige Befunde bis zum Ende der 13. Jahrgangsstufe enthält eine aktuelle Studie, die von der Deutsch-Britischen Stiftung und zum Teil von der Leibniz-Gemeinschaft gefördert wurde*. Die Untersuchung weist nach, dass die früher Eingeschulten immerhin später etwas aufholen. Nach der zehnten Klasse wechseln sie häufig von einer niedrigeren Schulform auf ein berufliches Gymnasium oder

IN DIESER AUSGABE

Relativ früh eingeschulte Kinder wechseln seltener auf ein Gymnasium . . .	1
Social Software auf dem Vormarsch	2
Neues KfW/ZEW CO ₂ -Barometer	3
Zentralbanken erhalten gute Noten für ihr Krisenmanagement	4
EU-Parlamentarier uneinig über Mindestbesteuerung von Unternehmen . .	5
Nachgefragt: Die Bedeutung der Umwelttechnologie für Deutschland . .	6, 7
Deutschen Kommunen droht die Schuldenfalle	7, 8
Konferenzen	9
ZEW intern, Publikationen	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

eine Fachoberschule, um über diese Wege einen höheren Schulabschluss zu erwerben. Dadurch kann sich der anfängliche Effekt auf die Bildungsergebnisse neutralisieren.

Des Weiteren ergab eine Simulation, dass der finanzielle Gewinn durch den frühen Arbeitsmarkteintritt den Verlust der frühen Einschulung überwiegt. Dennoch: Dass die Früheingeschulten zunächst seltener auf das Gymnasium gehen und erst später auf eine entsprechende Schulform wechseln, belegt, dass hier einer Gruppe eigentlich geeigneter Kinder auf Grund ihres relativen Alters für mehrere Jahre der Zugang zum Gymnasium erschwert wird. Die Ergebnisse stellen eine Herausforderung für die Lehrer, aber auch die Eltern

dar. Um die Nachteile, die Kindern auf Grund ihres jungen Alters entstehen, abzumildern, sollte bei der Entscheidung für eine weiterführende Schule das Alter der Kinder mit berücksichtigt werden.

Die präsentierten Ergebnisse stellen andererseits keine Evidenz gegen frühes institutionalisiertes Lernen per se dar. Würden alle Kinder beispielsweise ein Jahr später eingeschult, löste dies nicht das Problem, dass die jüngsten Kinder in dieser Klasse zu einem gegebenen Zeitpunkt im Durchschnitt nicht denselben Entwicklungsstand erreicht haben wie die ältesten Kinder in der Klasse. Ferner gilt zwar, dass die Befunde auf Auswertungen repräsentativer Schülerdaten basieren und darum

allgemein gültig sind. Davon zu unterscheiden ist jedoch die Entwicklungsprognose für ein individuelles Kind mit all seinen Stärken und Schwächen. Es wird immer Fälle geben, in denen die Jüngsten einer Klasse sich als Überflieger entpuppen oder später Eingeschulte Schwierigkeiten in der Schule haben. Hier bleibt es die Aufgabe von Eltern und Erziehenden, die persönliche Entwicklung der Kinder genau zu beobachten.

*Dr. Andrea Mühlenweg,
muehlenweg@zew.de*

*Prof. Dr. Patrick Puhani,
Leibniz Universität Hannover*

*Die aktuelle Studie erscheint 2010 im „Journal of Human Resources“ (Mühlenweg, Andrea und Puhani, Patrick: The Evolution of the School Entry Age Effect in a School Tracking System).

Social Software auf dem Vormarsch

Knapp 39 Prozent der Unternehmen des Wirtschaftszweigs Dienstleister der Informationsgesellschaft setzen mindestens eine Social Software-Anwendung im Unternehmen ein. Dabei kommen Anwendungen wie etwa Diskussionsforen, Wikis oder Weblogs unter anderem in der internen Kommunikation, im Kundenmanagement, in der externen Kommunikation sowie in der Projektarbeit mit Partnern oder freien Mitarbeitern zum Einsatz. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform durchgeführt hat.

Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Dienstleistungsunternehmen, die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) nutzen oder IKT-Dienstleistungen anbieten. Dazu gehören Unternehmen der Branchen Software und IT-Dienste, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung.

Noch zu Beginn des Jahres 2008 hatten etwa ein Drittel der Dienstleister der Informationsgesellschaft angegeben, Social Software-Anwendungen zu nutzen. Innerhalb eines Jahres ist der Anteil der Unternehmen des Wirtschafts-

zweigs, die Social Software einsetzen, um knapp 20 Prozent gestiegen. Dabei spielt für die Unternehmen des Wirtschaftszweigs besonders der unternehmensinterne Einsatz von Social Software eine große Rolle.

Interner Informationsaustausch

Etwa 76 Prozent der Unternehmen, die mindestens eine Social Software-Anwendung nutzen, setzen diese im internen Informationsaustausch ein, rund 70 Prozent im Bereich Wissensmanagement und etwa 66 Prozent nutzen sie für die interne Kommunikation.

Besonders die Werbefirmen und Unternehmen der Branche Software und IT-Dienste zeichnen sich durch einen hohen Einsatz von Social Software-Ap-

plikationen aus. Rund 60 Prozent von ihnen nutzen mindestens eine dieser Anwendungen.

Die technischen Berater und Planer haben ihre Nutzung in den vergangenen zwölf Monaten deutlich gesteigert. Während im ersten Quartal 2008 etwa zwölf Prozent der der technischen Berater und Planer diese Anwendungen gebrauchten, sind es im ersten Quartal 2009 etwa 43 Prozent.

Auch die Architekten, Unternehmensberater und Unternehmen aus der Branche Forschung und Entwicklung setzen im Vergleich zum Vorjahresquartal vermehrt Social Software-Anwendungen ein. Im März 2009 nutzten etwa 29 Prozent der Architekten Social Software. Im März 2008 hatte dieser Anteil noch bei etwa 22 Prozent gelegen.

Der Anteil der Unternehmen aus der Forschung und Entwicklung, die Social Software-Anwendungen einsetzen stieg von etwa 24 Prozent auf rund 30 Prozent. Von den Unternehmensberatern verwenden aktuell etwa 38 Prozent Social Software im Vergleich zu etwa 36 Prozent im Vorjahresquartal.

Jenny Meyer, meyer@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Neues KfW/ZEW CO₂-Barometer

Rege Teilnahme deutscher Unternehmen am Emissionshandel der EU

Das Anfang Juni 2009 erstmals veröffentlichte KfW/ZEW CO₂-Barometer zeigt, dass sich in Europa ein dynamisch wachsender Markt für CO₂-Zertifikate entwickelt hat. Grundlage hierfür ist das Emissionshandelssystem der EU (EU ETS), das erste groß angelegte, länderübergreifende Handelsprogramm für Treibhausgase weltweit. 75 Prozent der emissionshandelspflichtigen Unternehmen in Deutschland nehmen derzeit bereits am Handel mit CO₂-Zertifikaten teil oder planen, dies zu tun. Allerdings lässt sich bisher in einzelnen Marktsegmenten aufgrund von Unsicherheiten und hohen Transaktionskosten nur eine geringe Handelsaktivität feststellen. Dies betrifft etwa den Handel für die Zeit nach dem Jahr 2012, also nach Abschluss der derzeit laufenden Handelsperiode.

Die Handelsaktivitäten der Unternehmen in Deutschland konzentrieren sich angesichts der Unsicherheiten bezüglich eines zukünftigen Kioto-Folgeabkommens bisher auf die Spot- und Terminmärkte der Handelsperiode der Jahre 2008-2012. Dagegen sind es weniger als 17 Prozent der Unternehmen, die eine aktive Teilnahme an den post-2012 Märkten planen oder hier bereits aktiv sind. Um längerfristige Planungssicherheit zu erhalten, ist die Verlängerung der Regulierungszeiträume für die überwiegende Mehrheit der Marktteilnehmer außerordentlich wichtig. Eine frühzeitige Festlegung der rechtlichen Grundlagen für den Emissionshandel nach dem Jahr 2012 ist daher von zentraler Bedeutung für die weitere Marktentwicklung.

Die Mehrheit der deutschen Unternehmen und internationalen Experten erwartet in der aktuellen Umfrage, dass der Preis für ein EU-Emissionszertifikat die Schwelle von 18 Euro pro Tonne CO₂ im Dezember 2009 und 30 Euro pro Tonne CO₂ in den Jahren 2013 bis 2020 nicht übersteigen wird. Der Preis von Emissionsminderungsgutschriften aus Entwicklungs- und Schwellenländern wird leicht niedriger eingeschätzt: 16 Euro pro Tonne CO₂ im Dezember 2009 und 26 Euro pro Tonne CO₂ in den Jahren 2013 bis 2020. Die CO₂-Preiserwartungen werden im Rahmen des CO₂-

Indikators künftig vierteljährlich aktualisiert und veröffentlicht.

Höhere Zertifikatepreise sind absehbar

Obwohl die ausgegebenen Emissionszertifikate in der aktuell laufenden zweiten Handelsperiode des EU ETS verknappt wurden, weisen die Ergebnisse des KfW/ZEW- CO₂-Barometers 2009 darauf hin, dass die monetären Anreize für CO₂-Minderungsmaßnahmen noch keine deutlichen Auswirkungen auf die Investitionsstrategien der Unternehmen haben. Auch wenn mehr als 55 Prozent aller Unternehmen bereits Vermeidungsmaßnahmen realisiert haben, war bei 88 Prozent die CO₂-Reduktion nur ein Nebeneffekt.



Foto: www.digitalstock.de

Lediglich bei sechs Prozent der befragten Unternehmen stand die Emissionsminderung im Vordergrund der Investition. Aufgrund der sinkenden Emissionsobergrenzen und einem zunehmenden Anteil an Zertifikaten, die von den Unternehmen gekauft werden müssen, ist jedoch in Zukunft von höheren Zertifikatepreisen auszugehen. Ihr Einfluss auf Investitionsentscheidungen wird dadurch wachsen.

Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de

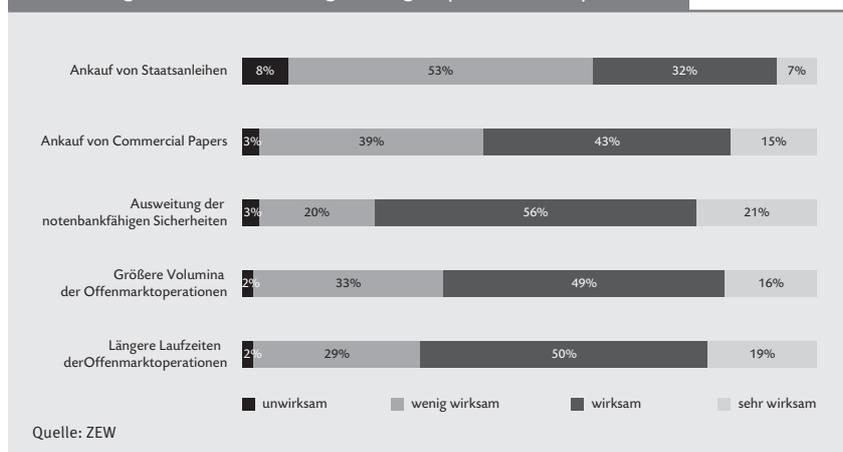
Das neue KfW/ZEW CO₂-Barometer: Im Rahmen des KfW/ZEW CO₂-Barometers werden emissionshandelspflichtige Unternehmen in Deutschland und internationale CO₂-Handelsexperten regelmäßig zu den Entwicklungen von Angebot und Nachfrage sowie von Preisen für Emissionszertifikate und Emissionsgutschriften befragt. Die Ergebnisse werden jährlich veröffentlicht. Das KfW/ZEW CO₂-Barometer ist ein Gemeinschaftsprojekt der KfW Bankengruppe und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Ziel des neuen Panels ist es, Marktentwicklungen und Unternehmensstrategien zu erkennen und diese empirische Grundlage zur Entwicklung von Förderstrategien zu nutzen. Als Auskopplung aus dem neuen Panel werden die CO₂-Preiserwartungen als KfW/ZEW CO₂-Indikator künftig vierteljährlich aktualisiert und veröffentlicht.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Zentralbanken erhalten gute Noten für ihr Krisenmanagement

Der Ausbruch der Finanzmarktkrise im August 2007 hat die Notenbanken weltweit veranlasst, neue Wege in der Geldpolitik zu beschreiten. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die wesentlichen Maßnahmen der Federal Reserve sowie der Europäischen Zentralbank in der Krise. Darüber hinaus wird aufgezeigt, wie Finanzmarktexperten die verschiedenen Maßnahmen im Hinblick auf ihre Effektivität und ihre Risiken beurteilen.

Bewertung der Effektivität folgender geldpolitischer Optionen



Im Zuge der Finanzmarktkrise kam der Handel am Interbankenmarkt weltweit nahezu zum Erliegen. Seither sind die Banken zunehmend auf die Refinanzierung durch die Notenbanken angewiesen. Diese setzten auf eine Kombination von Maßnahmen. Als wesentliche Bestandteile des Maßnahmenbündels senkten die Notenbanken die Leitzinsen und erweiterten das Rahmenwerk zur Implementierung der Geldpolitik mit dem Ziel, den Banken besseren Zugang zu Liquidität zu ermöglichen. Im Detail gab es jedoch Unterschiede zwischen den ergriffenen Maßnahmen der Zentralbanken.

Die US-amerikanische Federal Reserve (Fed) senkte die Leitzinsen sehr zügig von 5,25 Prozent vor der Krise auf ein Intervall zwischen 0 und 0,25 Prozent. Gleichzeitig kreierte sie verschiedene Arten von Fazilitäten, die Banken einen einfacheren, zusätzlichen Zugang zu Liquidität verschaffen sollten. Zudem begann sie im Januar 2009 mit

der Strategie des „Credit Easings“, also dem Ankauf einer bestimmten Art von Geldmarktpapieren, den Commercial Papers. Seit März 2009 kauft sie zudem Staatsanleihen („Quantitative Easing“) an. Somit gewinnt die Fed auch Einfluss auf die längerfristigen Zinsen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hingegen verringerte die Zinsen in einem gemäßigten Tempo von vier Prozent vor der Krise auf nunmehr ein Prozent. Um Banken Zugang zu Zentralbankgeld zu verschaffen, setzte sie bislang nur am Geldmarkt an. Als eine wesentliche Maßnahme weitete sie die notenbankfähigen Sicherheiten aus. Das bedeutet, dass die Geschäftsbanken nun eine größere Auswahl haben, welche Sicherheiten sie bei den Refinanzierungsgeschäften mit der Zentralbank hinterlegen können. Zudem gab die EZB mehr Geld ins System und führte zusätzliche längerfristige Refinanzierungsoperationen durch. Ferner hat sie im Mai angekündigt, die Laufzeiten

der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte von derzeit drei oder sechs Monaten auf zwölf Monate zu verlängern. Mit dem Ankauf von besicherten Unternehmensanleihen im Volumen von 60 Milliarden Euro plant sie ferner eine Maßnahme, die nicht am Geldmarkt, sondern bei den Zinsen längerer Laufzeiten ansetzt.

Hohes Inflationsrisiko

Im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests wurden rund 300 Finanzmarktexperten gefragt, wie sie die Wirksamkeit verschiedener geldpolitischer Optionen im Hinblick auf die Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Kreditvergabe einschätzen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Experten die Ausweitung der notenbankfähigen Sicherheiten, die Ausweitung der Volumina der Offenmarktoperationen sowie die Verlängerung ihrer Laufzeiten am deutlichsten befürworten. Der Ankauf von Staatsanleihen fand hingegen die geringste Zustimmung (siehe Abbildung).

Die Experten betrachten das Vorgehen der Notenbanken grundsätzlich als angemessen. Mehr als zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass sich die ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen als förderlich bis sehr förderlich für die Konjunktur erweisen werden. Dabei werden die Maßnahmen der Fed als etwas wirkungsvoller beurteilt als die der EZB. 72 Prozent der befragten Finanzmarktexperten meinen, dass die Maßnahmen der Fed die Konjunktur beleben werden, 66 Prozent halten die Maßnahmen der EZB für wirkungsvoll. Allerdings sehen fast 80 Prozent der befragten Experten in den Vereinigten Staaten langfristig deutlich höhere Inflationsgefahren der expansiven Geldpolitik als in der Eurozone (59 Prozent).

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

EU-Parlamentarier uneinig über Mindestbesteuerung von Unternehmen

Sind europaweit bindende Mindeststeuersätze für Unternehmen ein geeignetes Instrument, um den Steuerwettbewerb innerhalb der Europäischen Union (EU) abzuschwächen? Eine ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-108) untersucht, wie die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) eine zur Diskussion gestellte Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa beurteilen und inwiefern die Parteizugehörigkeit, die nationale Herkunft und der Bildungshintergrund der Abgeordneten maßgeblich für die Haltung der jeweiligen Abgeordneten sind.



Die Studie basiert auf einer eigenen Umfrage unter den MdEP, an der sich mit 158 Abgeordneten rund 20 Prozent aller EU-Parlamentarier beteiligten. Es zeigt sich, dass die Frage einer Mindestbesteuerung für Unternehmen stark polarisiert. Mit rund 35 Prozent hält die Mehrheit der befragten EU-Parlamentarier eine solche Maßnahme für sinnvoll. Andererseits lehnen rund 31 Prozent eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in der EU als „negativ“ oder „sehr negativ“ ab.

Hoher Zuspruch für Mindeststeuer im linken Parteienspektrum

Um die Faktoren zu identifizieren, die eine maßgebliche Rolle für die Zustimmung oder die Ablehnung einer europaweiten Mindestbesteuerung für Unternehmen spielen, unterzieht die Studie das individuelle Abstimmungsverhalten der Abgeordneten einer öko-

nometrischen Analyse. Es zeigt sich, dass die Parteimitgliedschaft einen wichtigen Einfluss ausübt. Beispielsweise besteht vor allem unter den EU-Parlamentariern, die europaskeptischen Parteibündnissen angehören, eine große Ablehnung gegenüber Mindeststeuersätzen. Abgeordnete des linken Parteienspektrums zeigen sich dagegen als starke Befürworter einer solchen Maßnahme. Bei den Abgeordneten des konservativen Flügels überwiegt der Anteil derjenigen, die eine Steuerharmonisierung ablehnen, leicht den Anteil der Befürworter einer solchen Maßnahme.

Die ökonometrische Analyse belegt ferner, dass neben der Parteizugehörigkeit weitere erklärende Variablen signifikant sind. Abgeordnete mit einem Abschluss in Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre tendieren eher zu einer Ablehnung der Unternehmenssteuerharmonisierung. Offenbar spie-

gelt sich hier die positive Grundeinstellung der Ökonomen zum freien Wettbewerb wider.

Zunehmende Loyalität zum Europäischen Parlament

Eine lange Mitgliedschaft im Europäischen Parlament ist dagegen eher mit einer zustimmenden Haltung zu europaweiten Mindeststeuersätzen für Unternehmen verbunden, was darauf hin deuten könnte, dass die Loyalität zur EU im Laufe der Zeit zunimmt und andere Einstellungen in den Hintergrund drängt. Schließlich macht die Untersuchung deutlich, dass vor allem Parlamentarier aus Mitgliedsstaaten mit hohen Unternehmenssteuersätzen zur Befürwortung einer europaweiten Unternehmenssteuerharmonisierung tendieren. Scheinbar werden Mindeststeuersätze als Möglichkeit betrachtet, einen negativen „Abwärts-Wettlauf“ der Unternehmenssteuersätze in Europa zu verhindern. Auch sprechen sich insbesondere Politiker für eine Steuerharmonisierung aus, die Staaten vertreten, deren Bürger sehr positiv gegenüber sozialer Gerechtigkeit eingestellt sind.

Ähnliches Antwortverhalten im Deutschen Bundestag

Zur gleichen Thematik wurden im Rahmen der Studie ebenfalls Mitglieder des Deutschen Bundestags befragt. Aus ihrem Antwortverhalten lässt sich kein signifikanter Unterschied zu dem der Europaabgeordneten erkennen. Dies deutet darauf hin, dass die deutschen Abgeordneten eine ähnliche Einstellung zur Mindestbesteuerung haben wie die EU-Parlamentarier.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

Nachgefragt: Die Bedeutung der Umwelttechnologie für Deutschland

Die Rolle von Umwelttechnologien als Jobmaschine wird überschätzt

Laut einer aktuellen Branchenstudie der Unternehmensberatung Roland Berger bleibt die deutsche Umwelttechnologie selbst in der Wirtschaftskrise auf Wachstumskurs. Das gilt zumindest für den Bereich der erneuerbaren Energien. Trotz des allgemeinen Konjunkturabschwungs sind die Auftragsbücher der Hersteller von Solarzellen und Windkraftanlagen gut gefüllt. Dr. Klaus Rennings, stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ am ZEW, plädiert jedoch für einen realistischen Blick auf die Zahlen, obschon er die ökonomische Bedeutung von integrierten Umwelttechnologien, die Umweltbelastungen erst gar nicht entstehen lassen, betont.

Warum ist die Technik zur Gewinnung „grüner Energie“ deutlich weniger von der Rezession betroffen als andere Schlüsselbranchen in Deutschland, etwa der Maschinenbau?

Rennings: Beim Maschinenbau handelt es sich im Vergleich zur Energieversorgung um einen relativ freien Markt, der vom Einbruch der Exporte durch die Krise stark betroffen ist. Die Energieversorgung ist dagegen ein stark regulierter Markt, der von politischen Vorgaben angetrieben wird. So gibt es langfristige Ausbauziele für die erneuerbaren Energien in den meisten Industrieländern, dazu existieren langfristige Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Steigerung der Energieeffizienz. Dies schafft einen Regulierungstrend, der eine stabile staatliche und indirekt – etwa über höhere Energiepreise und Auflagen für Energieeffizienz – auch private Nachfrage nach Technologien für erneuerbare Energien und zur CO₂-Reduktion hervorbringt. Dagegen gibt es in vielen anderen Branchen, wie auch im Maschinenbau, keinen vergleichbaren staatlichen Rahmen für den Markt. Dies erklärt den drastischen Rückgang der Auftragsgänge im Maschinenbau etwa um rund 50 Prozent im Februar dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr.

Der Ölpreis ist jüngst stark gesunken. Bleiben Solaranlagen- und Windradhersteller auch in den Zeiten billigen Öls auf Wachstumskurs?

Rennings: Davon ist auszugehen, denn der geschilderte Regulierungstrend macht die Nachfrage nach kohlenstoffarmen und energieeffizienten Technologien inzwischen einigermaßen unabhängig vom Ölpreis.

Können sich neben der „grünen Energie“ auch andere Umwelttechnologien in der Wirtschaftskrise erfolgreich behaupten?

Rennings: Man unterscheidet bei Umweltinnovationen zwischen integrierter Umweltschutztechnik und nachgeschalteter Technologie, den sogenannten End-of-pipe-Technologien. Der Markt für End-of-pipe-Technologien, also etwa für Abluftfilter oder Katalysatoren, schrumpft seit den 90er Jahren und wird auch in Zukunft an Bedeutung abnehmen. Es hat ein Wandel zu integrierten Umwelttechnologien stattgefunden, die Umweltbelastungen erst gar

nicht entstehen lassen. Ein Beispiel dafür sind Energieeffizienztechnologien. Bei integrierten Umweltschutztechnologien handelt es sich um Querschnittstechnologien, die alle Wirtschaftssektoren betreffen, und genau in diesem Bereich – das heißt in einer energie- und ökoeffizienten Produktion – liegt ein beträchtlicher Teil des Innovationspotenzials unserer Volkswirtschaft.

Löst die Umwelttechnik den Autobau in Deutschland mittelfristig als Jobmaschine ab?

Rennings: Betrachtet man den Wandel von nachgeschalteter zu integrierter Umwelttechnik, dann kommt es eher darauf an, dass sich die deutsche Autoindustrie noch mehr in eine Industrie verwandelt, die energie- und ökoeffiziente Fahrzeuge herstellt. Mit anderen Worten: Die Automobilindustrie ist selbst Teil der Umweltschutzindustrie und muss sich weiter verbessern. Teilweise hat sie diesen Schritt bereits vollzogen, aber die Diskussion um CO₂-Grenzwerte in der Europäischen Union hat gezeigt, dass sich die deutsche Automobilindustrie aufgrund ihres speziellen Kundensegments – den Mittel- und Oberklassewagen – in einem Wettbewerbsnachteil befindet. Trotzdem, bei allen alternativen Antrieben – Bat-



Foto: ZEW

Dr. Klaus Rennings, Jahrgang 1963, promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster. Seit Ende 1994 am ZEW tätig, ist Rennings stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der innovationsorientierten Umweltpolitik und Nachhaltigkeitsprüfung. Derzeit leitet er unter anderem das Projekt SECO@home „Soziale, ökologische und ökonomische Dimensionen eines nachhaltigen Energiekonsums in Wohngebäuden“. Rennings ist Mitglied im Ausschuss „Umwelt- und Ressourcenökonomik“ des Vereins für Socialpolitik.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

terien, Brennstoffzelle etc. – sind deutsche Produzenten führend vertreten. Ich gehe davon aus, dass die deutsche Autoindustrie diesen Wandel hinbekommen wird, und sogar einen Vorteil speziell vor den Amerikanern realisieren kann. So wird garantiert, dass der Umweltschutz zumindest kein Jobkiller wird. Man muss zudem die unterschiedlichen Dimensionen berücksichtigen. Selbst 280.000 neu geschaffene Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien können niemals Millionen von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie ersetzen.

Umwelttechnologien sollen die Umwelt entlasten, das Wirtschaftswachstum ankurbeln und neue Stellen schaffen. Sind diese Erwartungen zu hoch gesteckt?

Rennings: In der Tat: Die Sekundärnutzen von Umwelttechnologien wie etwa Innovationen und Arbeitsplätze werden in der öffentlichen Diskussion sehr hoch aufgehängt. Schaut man dann hinter die Zahlen, muss man nüchtern feststellen: Die erneuerbaren Energien haben im Jahr 2008 zwar brut-

to knapp 280.000 Arbeitsplätze geschaffen, doch gleichzeitig haben sie auch Arbeitsplätze gekostet, denn die Arbeitsplätze im Bereich der konventionellen Energieerzeugung sind im gleichen Zeitraum entsprechend zurückgegangen. Der Nettoeffekt durch Umwelttechnologien muss zwar nicht gleich Null sein, aber er ist bescheiden. Das wird in der öffentlichen Diskussion gerne verschwiegen. Realistisch gesehen muss man sagen: In erster Linie sollen Umwelttechnologien die Umwelt entlasten. Wenn dies ohne allzu große wirtschaftliche Einschränkungen möglich ist, ist schon viel gewonnen.

Gerade im fossil befeuerten Energiesektor konnten sich in den letzten Jahrzehnten umweltfreundliche Innovationen nur sehr schwer durchsetzen. Woran liegt das?

Rennings: Kraftwerke sind heutzutage Milliardeninvestitionen. Und seit der Liberalisierung der Energiemärkte verhalten sich die Energieversorger sehr risikoscheu. Sie fürchten Verluste aufgrund hoher technologischer Risiken, vertrauen eher der bewährten,

konventionellen Kohletechnologie und setzen auf kleine, inkrementelle Verbesserungen. Eine wirklich neue, radikale Technologie – beispielsweise Kraftwerke mit Kohlevergasung – hat es unter diesen Bedingungen schwer, sich durchzusetzen.

Sollte der Staat eingreifen, wenn Innovationen, die das Klima oder die Umwelt entlasten, am Markt scheitern?

Rennings: Der Staat sollte dort eingreifen, wo Marktversagen feststellbar ist. Das ist beispielsweise in der Grundlagenforschung der Fall. Hier sollte der Staat dazu beitragen, dass unsere Forscher einen technologischen Lösungsvorrat für die Umweltprobleme von morgen entwickeln. Zweitens gibt es externe Belastungen der Umwelt, die der Staat internalisieren muss, zum Beispiel durch die Einführung des Emissionshandelssystems. Die Notwendigkeit einer geschickten Kombination von Umwelt- und Innovationspolitik wird in Deutschland und in der Europäischen Union durchaus gesehen. Sie wird aktuell intensiv vorangetrieben.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Deutschen Kommunen droht durch die aktuelle Krise die Schuldenfalle

Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird in den öffentlichen Haushalten der Kommunen Spuren hinterlassen. Infolge der Krise werden viele Kommunen hohe Einnahmeverluste bei gleichzeitigem Anstieg der Ausgaben hinnehmen müssen. Darüber hinaus kommen auf zahlreiche Städte und Gemeinden zusätzliche Belastungen durch sogenannte Cross-Border-Leasing-Verträge zu. All dies wird unweigerlich dazu führen, dass die Schulden vieler Kommunen – und somit die daraus resultierenden Zinslasten – in naher Zukunft erheblich ansteigen werden.

Nach Jahren der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland hat sich die Lage mit der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder sehr stark eingetrübt. Insbesondere die Kommunen werden die Folgen der Krise derzeit und künftig deutlich zu spüren bekommen. Dies wird sich vor allem auf der Einnah-

menseite der kommunalen Haushalte widerspiegeln. So rechnet der Deutsche Städtetag aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 mit einem Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen um bis zu 20 Prozent, womit den Kommunen trotz der massiven Investitionshilfen, die von der

Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossen wurden, ein Defizit von vier Milliarden Euro droht. Im Gegensatz dazu wiesen die Kommunen im Jahr 2008 noch einen Überschuss von über sieben Milliarden Euro aus.

Über die Steuereinnahmen hinaus werden die Finanzausweisungen der Länder an ihre Kreise, Städte und Gemeinden aufgrund des Konjunkturertrags deutlich sinken. Da ein Großteil der Zuweisungen nach Schlüsselzahlen wie Einwohnern und Finanzkraft ausgeschüttet wird („Schlüsselzuweisungen“) und die Finanzkraft maßgeblich

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

von den Steuereinnahmen der Kommunen abhängig ist, können die Bundesländer – aufgrund der massiven Einbrüche bei den Steuereinnahmen – weniger an ihre Kommunen ausschütten. Ein Rückgang der Finanzzuweisungen würde dann insbesondere die Kommunen treffen, die ohnehin über ein vergleichsweise geringes Steueraufkommen verfügen.

Zusätzliche Belastungen auf der Ausgabenseite

Neben der Einnahmenseite wird die Wirtschafts- und Finanzkrise gravierende Auswirkungen auf die Ausgaben der Kommunen haben. Sobald die Krise voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen haben wird, – verschiedentlich ist von über vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland zum Jahresende die Rede – steigen die sozialen Ausgaben der Kommunen (insbesondere der

einnahmen ließen sich diese zusätzliche Ausgaben aber nur durch neue Schulden finanzieren.

Risiken durch Cross-Border-Leasing-Geschäfte

Weitere finanzielle Belastungen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise kommen auf viele Kommunen durch sogenannte Cross-Border-Leasing-Geschäfte zu. Um von Steuervorteilen in den Vereinigten Staaten zu profitieren, hatten sich seit Mitte der 1990er Jahre viele Kommunen auf solche Geschäfte eingelassen. Dabei wurde kommunales Eigentum wie beispielsweise Stadtwerke, Müllverbrennungsanlagen, Kläranlagen, Kanalnetze, Messehallen oder Straßenbahnen an US-Investoren verpachtet oder verkauft und anschließend für eine Laufzeit von 25 bis 99 Jahren zurückgemietet. Durch die Ausnutzung von Steuerschlupflöchern in

Infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise wurde der amerikanische Versicherungskonzern AIG (American International Group), über den viele der Cross-Border-Leasing-Geschäfte abgewickelt wurden, schwer getroffen. Dies führte letztlich zu einer Herabstufung des Versicherungskonzerns durch die Rating-Agenturen, was mit erheblichen finanziellen Belastungen für die Kommunen, die Cross-Border-Leasing-Geschäfte über AIG abgeschlossen haben, verbunden sein könnte. Denn eine Vielzahl dieser Verträge von Kommunen mit AIG beinhaltet Klauseln, dass die Kommunen für die Liquidität der Leasinggeber haften und darüber hinaus dazu verpflichtet sind, bei sinkender Bonität des Leasinggebers, einen Vertrag mit einem anderen Versicherer abzuschließen. Das Problem besteht nun darin, dass der Abschluss neuer Verträge (gerade in der Finanzkrise) mit erheblichen Mehrbelastungen – zum Teil in Millionenhöhe – verbunden ist.

Drückende Zinslast durch Neuverschuldung

Die eben dargelegten Sachverhalte deuten darauf hin, dass sich die finanzielle Lage vieler Kommunen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise erheblich verschlechtern wird. Der Anstieg der Ausgaben, beispielsweise aufgrund zunehmender Arbeitslosigkeit, kann – bei gleichzeitigem Rückgang der Einnahmen – in vielen Kommunen nur durch die Aufnahme neuer Schulden bewältigt werden.

Derzeit ist die steigende Verschuldung aufgrund der aktuell sehr niedrigen Zinsen vielleicht noch zu schultern, nach einer Normalisierung des Zinsniveaus wird die Lage aber kritisch. Dies gilt insbesondere für viele der finanzschwächeren Kommunen, die ihre Haushaltsdefizite häufig über kurzfristige Kassenkredite finanzieren. Um es auf den Punkt zu bringen: Die finanzielle Perspektive vieler Kommunen sieht alles andere als rosig aus.

Alexander Kalb, kalb@zew.de



Dunkle Wolken über Deutschlands Kommunen: Die Finanzkrise belastet die öffentlichen Haushalte.

Kreise und kreisfreien Städte) rasant. So ist beispielsweise mit einem Anstieg der Arbeitslosen aus kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen zu rechnen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I erworben haben. Der Deutsche Städte- tag prognostiziert für die Kommunen derzeit allein für das Jahr 2009 einen Anstieg der Sozialausgaben um circa 800 Millionen Euro. Aufgrund des gleichzeitigen Rückgangs der Steuer-

den Vereinigten Staaten entstanden den US-Investoren Steuervorteile, von denen sie Teile an die deutschen Kommunen weiterreichten. Vor allem Städte im Ruhrgebiet machten von den Angeboten der US-Investoren Gebrauch, um Löcher in ihren Haushalten zu stopfen. Aber auch Städte in Baden-Württemberg wie beispielsweise Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe oder Böblingen ließen sich auf solche Geschäfte ein.

KONFERENZEN

Zweite Konferenz des Leibniz-Netzwerks „Nichtkognitive Fähigkeiten“

Auf der zweiten Konferenz des Leibniznetzwerks „Nichtkognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“ diskutierten über 40 Teilnehmer neue Studien der experimentellen Forschung zur Intentionalität, also zum absichtsvollen, bewussten Handeln, sowie zu den Bestimmungsgründen von Präferenzen und optimalem, ökonomischem Handeln. Die Konferenz fand Ende März 2009 im Kloster Hegne am Bodensee statt.

Den Eröffnungsvortrag hielt Thomas Dohmen, Direktor des Research Center for Education and the Labor Market (ROA) an der Universität Maastricht. Er beschäftigte sich mit der Risikobereitschaft von Individuen. Seine Forschungen, die sich auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) stützen, deuten darauf hin, dass risikofreudiges Verhalten mit der Intelligenz abnimmt und mit der Ungeduld steigt.

Die Arbeitsgruppe um Peter Gollwitzer von der Universität Konstanz stellte in mehreren experimentellen Studien fest, dass Zielsetzung und Zielrealisierung unterschiedlichen psychologischen Prinzipien gehorchen. Für die Bildungspolitik ist besonders interessant, dass erlernbare Handlungskontrollstrategien in Form von einfachen „Wenn-dann-Plänen“ die Chancen, ein vorgemerktes Ziel tatsächlich zu erreichen, deutlich verbessern. So steigen etwa die Chancen eines Schülers, eine Prüfung zu bestehen, wenn er den Vorsatz formuliert: „Wenn ich das nächste Mal am Computer spielen möchte, dann lerne ich stattdessen für die Klausur“ anstatt sich das Ziel zu setzen: „Ich möchte die Prüfung bestehen“.

Vorurteile überwinden

Anja Achtziger vom Zentrum zur Erforschung von Intentionen und Intentionalität an der Universität Konstanz, zeigte mittels spezieller Untersuchungen zur Gehirnaktivität, dass Eindrucksbildungsprozesse durch Handlungspläne kontrolliert werden können. Eindrucksbildungsprozesse laufen in Se-

kundenbruchteilen im Gehirn ab, um Menschen und Dinge zu identifizieren. Oftmals sind Eindrucksbildungsprozesse in Bezug auf andere Menschen mit Stereotypen im Hinblick auf Geschlecht, Alter, Hautfarbe etc. verbunden. Wie Achtzigers Untersuchungen zeigen, ist es durch Handlungskontrollstrategien eher möglich, negative stereotype Zuschreibungen auszuschalten.

Leistungen konstant halten

Ute Bayer, ebenfalls vom Zentrum zur Erforschung von Intentionen und Intentionalität, stellte zusammen mit Anja Achtziger eine Studie vor, die zeigte, dass Personen schlechtere Leistungen erbringen, wenn sie zuvor einer höheren Belastungssituation ausgesetzt waren, etwa wenn sie viele Entscheidungen fällen oder komplexe Aufgaben lösen mussten. Werden für diese kritischen, im Schul- und Arbeitsleben täglich vorkommenden Situationen im Vorfeld konkrete „Wenn-dann-Pläne“ gefasst, bleibt die Leistung erstaunlicherweise konstant. Die Wissenschaftlerinnen erklärten dies damit, dass in der kritischen Situation die „Wenn-dann-Pläne“ automatisch abgerufen werden können. Dies initiiert unmittelbar zielförderliches Handeln, ohne weitere Ressourcen zu benötigen.

Die Studie von Pia Pinger, ZEW, und Rémi Piatek, Universität Konstanz, bestätigte, dass höhere Wirksamkeitsüberzeugungen bei Jugendlichen zu mehr Bildung beitragen und über diesen Kanal den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt fördern.

Winfried Pohlmeier und Selver Derya Uysal, beide Universität Konstanz, konnten belegen, dass Persönlichkeitsmerkmale wie Gewissenhaftigkeit das Suchverhalten auf Arbeitsmärkten verbessert.

Sabine Sonntag von der Universität Konstanz referierte in ihrem Vortrag über die Bedeutung von informellen Lernprozessen am Arbeitsplatz. Bart Golsteyn vom ROA in Maastricht stellte eine gemeinsam mit Wirtschaftsnobelpreisträger James Heckman, Universität Chicago, erarbeitete Studie vor. Sie zeigt, dass kognitive Leistungstests von den nichtkognitiven Fähigkeiten der Testpersonen abhängen.

Claire Crawford und Emma Tominey vom Centre for the Economics of Education, London, konnten mit Längsschnittdaten aus Großbritannien zeigen, dass nichtkognitive Fähigkeiten im Alter von sieben Jahren niedrigere Kriminalitätsraten und eine bessere Gesundheit im Erwachsenenalter vorhersagen. Philipp Eisenhauer, ZEW, erörterte statistische Annahmen und Eigenschaften der Faktoranalyse.

C. Katharina Spieß und Eva Berger, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), konnten mit den Mutter-Kind-Daten des SOEP eine Weisheit der Erziehungswissenschaften quantitativ abschätzen: „Eine glückliche Mutter ist für Kinder segensreicher als hundert Lehrbücher über Erziehung“ (Johann Heinrich Pestalozzi). Weitere Studien beleuchteten die Rolle der Mutter-Kind-Interaktion für den weiteren Lebenserfolg des Kindes.

Nähere Informationen zur zweiten Netzwerk-Konferenz finden Sie unter <http://www.uni-konstanz.de/ZEW/>

Die dritte Konferenz des Leibniznetzwerks ist bereits in Planung. Sie wird Ende Oktober 2009 am DIW in Berlin stattfinden.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

ZEW INTERN

■ Professor Franz zum Sprecher der Sektion B der Leibniz-Gemeinschaft gewählt

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Präsident des ZEW, wurde zum neuen Sprecher der Sektion B – Sozial-, Raum- und Wirtschaftswissenschaften – der Leibniz-Gemeinschaft gewählt. Er wird in dieser Funktion Prof. Dr. Robert Kappel nachfolgen und tritt sein Amt Ende November 2009 an. Als Sprecher der Sektion B gehört Franz dem Präsidium der Leibniz-Gemeinschaft an.

■ Kooperationsvereinbarung zwischen WHU und ZEW – Gemeinsame Juniorprofessur besetzt

Die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist eine Grundvoraussetzung für die Sicherung und Fortentwicklung wissenschaftlich anspruchsvoller Standards am ZEW. Die im Jahre 2008 geschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und der WHU Otto Beisheim School of Management in Vallendar zielt darauf ab, die Vernetzung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung durch die gemeinsame Betreuung von Dissertationsvorhaben sowie die gemeinsame Besetzung einer Juniorprofessur auszubauen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Juniorprofessur „Industrieökonomik und Wettbewerbsstrategie“ mit Dr. Kai Hüschelrath, Wissenschaftler des Forschungsbereichs „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“ am ZEW, besetzt. Die Juniorprofessur ist organisatorisch dem Lehrstuhl für Mikroökonomik und Industrieökonomik von Professor Dr. Jürgen Weigand an der WHU zugeordnet.

■ Jugendliche erleben Forschung am ZEW hautnah

Junge Talente zu fördern und für die Wissenschaft fit zu machen, gehört zu den Kernaufgaben des ZEW. Am 9. Mai 2009 nahm es dann ganz besondere Talente unter seine Fittiche. Unter dem

berg leben, deren Familien aber aus dem Ausland stammen. Neben dem Stipendium bietet das Programm vielfältige Veranstaltungen an, so auch den Besuch am ZEW.



Motto „Forschung erleben“ hatten rund 180 Jugendliche aus Zuwandererfamilien Gelegenheit, die Arbeit eines wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituts aus erster Hand kennen zu lernen.

Die Jugendlichen sind Stipendiaten des Programms „Talent im Land Baden-Württemberg“. Durch das Programm fördern die Robert Bosch Stiftung und die Landesstiftung Baden-Württemberg begabte Schüler, die in Baden-Württem-

Am Vormittag konnten die Stipendiaten durch Vorträge sowie durch persönliche Gespräche mit jungen wie erfahrenen Wissenschaftlern einen Eindruck gewinnen, was empirische Wirtschaftsforschung ist. Des Weiteren wurden ihnen die Forschungsfelder, der Auftrag und die Ziele des ZEW vorgestellt. Nach der Mittagspause standen dann verschiedene Workshops auf dem Programm. ZEW-Wissenschaftler erörterten aktuelle Fragestellungen, etwa

welche Ursachen die Finanzmarktkrise hat, wie der Handel mit Emissionszertifikaten in der EU funktioniert oder warum Menschen Geld für einen guten Zweck spenden. Durch kleinere ökonomische Experimente, etwa zur Zahlungsbereitschaft von Konsumenten oder zum Spendenverhalten von Individuen wie auch durch Diskussionsrunden wurden die Jugendlichen aktiv in die Workshops eingebunden.

Die Motivation für das ZEW, gemeinsam mit der Landesstiftung Baden-Württemberg und der Robert Bosch Stiftung diesen Tag auszurichten, lag darin, die Jugendlichen für wirtschaftliche Zusammenhänge zu sensibilisieren und ihnen zu zeigen, dass Wissenschaft spannend ist und richtig Spaß macht.

ZEW DISCUSSION PAPERS

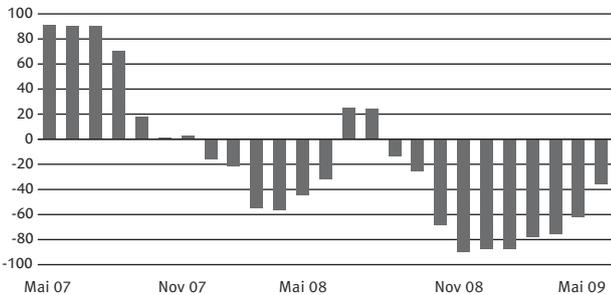
Nr. 09-022, Dirk Czarnitzki, Andrew Toole: Is There a Trade-Off Between Academic Research and Faculty Entrepreneurship? Evidence from U.S. NIH Supported Biomedical Researchers.

Nr. 09-021, Klaus Rennings, Peter Markewitz, Stefan Vögele: How Clean is Clean? Incremental Versus Radical Technological Change in Coal-Fired Power Plants.

Nr. 09-020, Christian Göbel, Thomas Zwick: Age and Productivity – Evidence from Linked Employer Employee Data.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Mai 2009

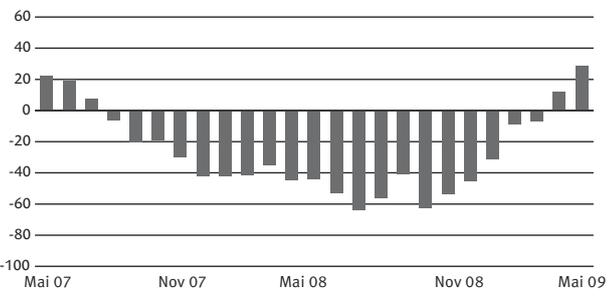


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinssenkungen unwahrscheinlicher

Nachdem die EZB die Leitzinsen auf ein Prozent gesenkt hat, nimmt der Anteil der Finanzmarktexperten, die mit einer weiteren Zinssenkung rechnen, spürbar ab. Der entsprechende Indikator liegt nur noch bei -35,5 statt bisher -61,8 Punkten. Neben der Möglichkeit, die Zinsen zu verändern, plant die EZB in Zukunft zusätzliche Maßnahmen, um die Refinanzierung der Banken zu verbessern. So hat sie mit dem geplanten Ankauf von Pfandbriefen eine unkonventionelle Maßnahme angekündigt.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

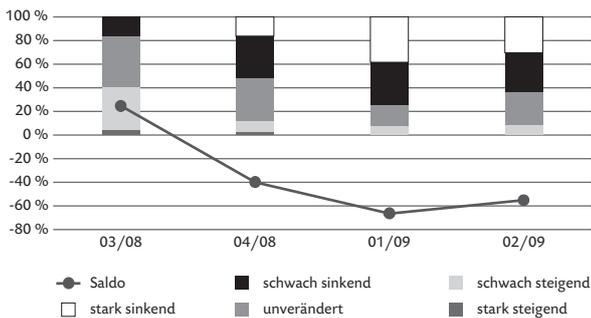
Euroraum: Konjunkturperspektiven verbessert

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im Mai zum siebten Mal in Folge verbessert. Der entsprechende Indikator stieg um 16,7 Punkte auf 28,5 Punkte. Damit sind die Aussichten für die Konjunktur etwas besser als die derzeitige Lage. Denn für das erste Quartal wurde ein deutlicher Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal gemeldet. Den Erwartungen der Experten zufolge dürfte mit dieser Zahl die Talsohle der Konjunktur erreicht sein.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Sinkflug des Transportaufkommens bei der Luftfracht schwächt sich ab

Asien/Pazifik

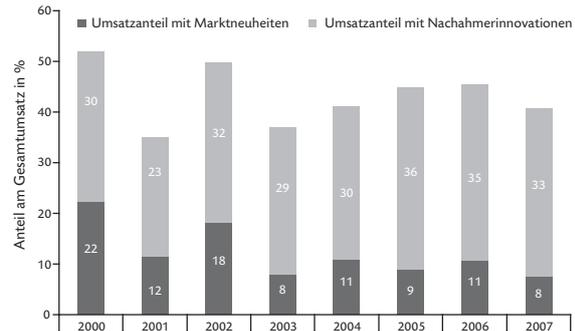


Quelle: ZEW

In den letzten Quartalen gingen die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW von einer Fortsetzung des Sinkflugs des Transportaufkommens aus. In der aktuellen Umfrage geht die Mehrheit weiterhin von einer rückläufigen Nachfrage aus, aber das Bild verschiebt sich in Richtung Stabilisierung. Anfang des Jahres hatten noch rund 40 Prozent mit einer stark sinkenden Nachfrage beim Flugverkehr auf den Asien/Pazifik-Routen gerechnet. In der aktuellen Befragungsrunde sinkt dieser Anteil auf 30 Prozent und die Anzahl der Experten, die hier eine stagnierende Nachfrage erwarten, nimmt um 10 Prozent zu.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Geringere Innovationsumsätze in der Elektroindustrie



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Im Jahr 2007 konnte die deutsche Elektroindustrie knapp 69 Milliarden Euro mit Produktinnovationen Erlösen, also mit Produkten, die in den Jahren 2005 bis 2007 neu eingeführt wurden. Dies sind 41 Prozent des Gesamtumsatzes der Branche. Damit weist die Elektroindustrie hinter dem Fahrzeugbau das zweitinnovativste Produktspektrum auf. Im Vergleich zum Vorjahr ging diese Quote um knapp fünf Prozentpunkte zurück. Sowohl Marktneuheiten (das sind neue Produkte, die zuvor von keinem anderen Unternehmen angeboten wurden) als auch Nachahmerinnovationen leisteten 2007 geringere Umsatzbeiträge als noch 2006.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Rentenpolitik

Geschenke erhalten einer bekannten Redewendung zufolge die Freundschaft. Das ist vor Wahlen nicht anders und das Wahlvolk nimmt es gelassen hin, weil die Wohltaten nach dem Urnengang meist wieder eingesammelt werden.

Vor drei Jahren fand es nach Presseberichten ein führender Politiker, mittlerweile zum Parteivorsitzenden avanciert, sogar „unfair“, sich und seine Zunft an Wahlaussagen messen zu lassen. Für wie blauäugig muss daher die Bundesregierung die Rentner halten, so als ob sich diese von der neuesten rentenpolitischen Wahlnummer vereinnahmen ließen, wonach Rentenkürzungen für alle Zeiten ausgeschlossen werden, komme was wolle.

Das rentenpolitische Sündenregister nimmt allmählich beängstigende Ausmaße an. Die Rentenformel wird schleichend durch eine Rentenpolitik nach Umfragewerten ersetzt. Um die rentenpolitischen Missetaten zu verstehen, bedarf es eines kleinen Exkurses über einige Bestimmungsfaktoren der Anpassung der Altersrenten, wobei auf Details verzichtet wird.

Gemäß der Rentenformel entscheidet über die Anpassung der Renten zunächst die Entwicklung der Bruttolöhne und Bruttogehälter je Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren, wobei den versicherungspflichtigen Entgelten als der eigentlichen Finanzierungsbasis der Rentenversicherung ein besonderes Gewicht zukommt. Die so ermittelte Rentenanpassung wird nun mit mehreren Korrekturfaktoren versehen. Dazu zwei Kostproben.

Erstens mindert eine Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung die Rentenanpassung. Zusätzlich und analog gehen fiktive Belastungsveränderungen im Zusammenhang mit der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge in die Rentenformel ein. Diese „Riester-Treppe“ sah vor, dass ab dem Jahr 2002 ein fiktiver Altersvorsorge-Beitragssatz in Schritten von jährlich 0,5 v. H. bis kumuliert zu einem Satz von 4 v. H. im Jahr 2010 die Rentenanpassung verringert. Damit wollte man Belastungen der Beitragszahler für

die gesetzliche und private Altersvorsorge ähnlich behandeln, nämlich mit Mindersteigerungen der gesetzlichen Rente für eine gewisse Entlastung der Beitragszahler Sorge tragen. Allerdings setzte die Bundesregierung im Jahr 2008 das stufenweise Erklimmen der Riester-Treppe aus, sodass das endgültige Niveau von 4 v. H. nicht mehr wie geplant im Jahr 2010, sondern erst im Jahr 2012 erreicht wird. Der erste Sündenfall.

Zweitens wurden im Jahr 2004 „Schutzklauseln“ eingeführt. Falls sich aus der Veränderung der Lohnkomponente zwar ein höherer Rentenwert ergäbe, die übrigen Komponenten der Anpassungsformel – unter anderen die Riester-Treppe – in der Summe ihrer Wirkung diese Erhöhung überkompensieren, dies also zu einer Absenkung des Rentenniveaus führen würde, verhindern die Schutzklauseln eben diese Absenkung. Der zweite Sündenfall. Er wurde durch die Einführung eines weiteren Korrekturfaktors, nämlich des „Nachholfaktors“ zu heilen versucht. Im Jahr 2007 wurde nämlich beschlossen, dass ab dem Jahr 2011 die sich sonst ergebenden Rentenerhöhungen halbiert werden, um dem aufgeschobenen Ausgleichsbedarf Rechnung zu tragen. Wieso die nächste Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen willens sein soll, welche sich die derzeitige Bundesregierung nicht traute – ein Schuft, wer Böses dabei denkt.

Der dritte Sündenfall wurde eingangs bereits erwähnt. Die Schutzklauseln werden dahingehend erweitert, dass Altersrenten niemals sinken können. Die Beitragszahler mögen als Folge der Rezession noch so gebeutelt werden, Nullrunden bei der Rentenanpassung sind das Schlimmste, was den Rentnern passieren kann. Wohlgermerkt: Das betrifft derzeit eine Rentergeneration, der es insgesamt betrachtet materiell noch nie so gut gegangen ist wie jetzt.

Eine Zeitlang sah es aus, als hätte Deutschland hinsichtlich seiner Gesetzlichen Rentenversicherung seine Hausaufgaben weitgehend erledigt. Eine Rückkehr zu jenen Tugenden ist dringend notwendig, denn die Demografie bleibt unerbittlich.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrner, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009